

8-Punkte-Papier zur Bekämpfung der Clankriminalität

Berlin ist ein HotSpot der Organisierten Kriminalität, die sich häufig in Form der Clankriminalität darstellt. Kriminelle Clanmitglieder verüben Straftaten wie Raub- und Eigentumsdelikte, betreiben Drogenhandel, Schutzgelderpressung, illegales Glücksspiel, Sozialleistungsbetrug – oder begehen auch schwere Verbrechen bis hin zu Totschlag und Mord. Auch wenn sich nicht alle Clan-Angehörigen an solchen Straftaten beteiligen, so profitieren doch zumindest die Angehörigen der Kernfamilien meistens von den Aktivitäten ihrer kriminellen Familienmitglieder.

Nicht nur der aktuelle Lagebericht zur Clankriminalität, sondern auch die Erkenntnisse des Berliner Verfassungsschutzes und der Senatsinnenverwaltung geben Anlass zur Sorge: Danach existieren Verbindungen von kriminellen Clanmitgliedern zu Islamisten, wie etwa Sympathiebekundungen über Internetkanäle, Besuche in salafistischen Moscheen oder die Inanspruchnahme logistischer Unterstützung.

Wir als CDU Berlin dulden keine Organisierte Kriminalität in unserer Stadt und werden diese nicht nur klar benennen, sondern auch konsequent und mit der vollen Härte des Rechtsstaates bekämpfen. Dazu braucht es auch einen gesellschaftlichen Konsens, diese besondere Form der Organisierten Kriminalität und ihrer erheblichen negativen Folgen für einzelne Sozialräume und die gesamte Stadt besonders zu verurteilen und zu ächten.

Wir begrüßen, dass unsere Justizsenatorin Dr. Felor Badenberg gemeinsam mit der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus mit dem Doppelhaushalt 2024/2025 die Weichen für eine effektivere Bekämpfung der Clankriminalität gestellt hat. Für die Strafverfolgungsbehörden wurden 76 zusätzliche Stellen geschaffen, die insbesondere in Abteilungen mit dem Schwerpunkt OK-Bekämpfung und Vermögensabschöpfung eingesetzt werden. Wir unterstützen das von Justizsenatorin Dr. Badenberg initiierte „Modellprojekt Vermögensabschöpfung“, mit dem das Vermögen von Kriminellen effektiver und gezielter abgeschöpft werden kann. Statt lediglich Bußgelder zu verhängen, sollen die Ordnungsämter nun auch Einnahmen aus illegalen Geschäften einziehen. Dies hat zwei klare Vorteile: Einerseits

wird die Organisierte Kriminalität geschwächt, andererseits kann das eingezogene Geld zum Wohle Berlins eingesetzt werden. Damit treffen wir die Clans dort, wo es ihnen wirklich weh tut: beim Geld.

Für uns steht fest: Berlin ist viel zu lange nicht mit der notwendigen Konsequenz gegen die Organisierte Kriminalität vorgegangen. Jetzt muss gehandelt werden. Die Zeit des „Wegschauens“ ist vorbei. Folgende Maßnahmen sind notwendig:

1. Zusammenarbeit der Behörden intensivieren

Voraussetzung für eine effektive Bekämpfung der Clankriminalität ist eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Senatsverwaltungen und den Bezirken sowie den Strafverfolgungsbehörden, der Staatsanwaltschaft und den Gerichten. Angesichts der Komplexität der kriminellen Aktivitäten ist ein koordiniertes und vernetztes Vorgehen unerlässlich, um Prävention, Ermittlung und Strafverfolgung effektiv zu gestalten. Dies erfordert eine Intensivierung des Informationsaustausches zwischen den beteiligten Behörden sowie eine enge Abstimmung bei der Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen zur Bekämpfung der Clankriminalität – wie es sich anhand des „Modellprojektes Vermögensabschöpfung“ zeigt. Die Bezirke nehmen dabei ihre Rolle als Ordnungsbehörden intensiver wahr als bisher. Die Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden soll in allen Bezirken – unabhängig von der politischen Führung – funktionieren.

Gleiches muss auch für die Prävention gelten. Kriminelle Eltern in Großfamilien nehmen ihren Erziehungsauftrag oft nicht im Sinne ihrer Kinder wahr. Im Gegenteil: Das Aufwachsen in Strukturen der Organisierten Kriminalität gefährdet nach unserer Auffassung das Kindeswohl und macht ein Leben in der Mitte der Gesellschaft nahezu unmöglich. Wir brauchen daher ein Bewusstsein bei den Jugendämtern und damit Präsenz und Kontakt zu diesen Familien. Dazu müssen aber die verfügbaren Daten zur sozialen Situation der Zielgruppen (z.B. schulische Situation der Kinder, Erfahrungen der Familien- und Jugendhilfe, ausländerrechtlicher Status, Kriminalitätsbelastung) im rechtlichen Rahmen zusammengetragen werden, um entsprechend handeln zu können. Wir begrüßen daher die Zusammenarbeit zwischen Senatsverwaltungs- und Bezirksebene bei Projekten wie dem „Modellprojekt Vermögensabschöpfung“ oder Kooperationsinitiativen zur Prävention und fordern, diese zu intensivieren, um den Erfolg der Projekte und Initiativen zu sichern.

Außerdem ist zu prüfen, ob und wie Jugendämter gesetzlich in die Lage versetzt werden können, Kinder aus nachweislich kriminellen Großfamilienstrukturen in Obhut zu nehmen und außerhalb des Einflussbereichs ihres Clans unterzubringen, wenn dadurch das Kindeswohl sichergestellt wird. Sie sollen intensiv betreut und auf ein straffreies Leben vorbereitet werden. Ein Weg könnte sein, nachgewiesene kriminelle Familienstrukturen – beispielsweise im AG KJHG – gerichtsfest als Kindeswohlgefährdung zu definieren. Das Ziel ist dabei nicht die Strafe, sondern die Sicherstellung des Kindeswohls.

Darüber hinaus müssen die Berliner Jobcenter in die Lage versetzt werden, Sozialleistungsmissbrauch durch Clan-Angehörige systematisch zu verhindern. Dazu wollen wir Erfassungsverfahren verbessern und den Datenabgleich zwischen Jobcentern und Behörden automatisiert ermöglichen. Um die Halterschaft auffällig hochpreisiger Fahrzeuge zu ermitteln und ggf. auch „Strohleute“ zu identifizieren können, setzen wir uns zudem dafür ein, regelhaft und automatisiert Abfragen bei der Kraftverkehrszulassungsstelle vorzunehmen, um bei Straßenverkehrskontrollen schnell ermitteln zu können, ob ein Sozialleistungsmissbrauch vorliegt. Ziel ist es, die Fahrzeuge in diesen Fällen unverzüglich zu beschlagnahmen bzw. sicherzustellen. Auch das entgeltfrei oder ermäßigte Überlassen solcher Wertgegenstände soll auf etwaigen Sozialleistungsbezug angerechnet werden.

Das Wirken krimineller Clans beschränkt sich nicht nur auf Berlin, sondern erfolgt über föderale wie auch nationale Landesgrenzen hinweg. Um Clan-kriminalität einzudämmen und ihre Strukturen nachhaltig zu schwächen, ist daher die Zusammenarbeit mit anderen Ländern auch über die Grenzen Berlins hinaus von großer Bedeutung. Nur durch gemeinsame Anstrengungen auf lokaler, regionaler und überregionaler Ebene können wir diese Form der Organisierten Kriminalität erfolgreich bekämpfen und die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger gewährleisten. Deswegen wollen wir die Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden anderer Länder und Bundesländer überprüfen und gegebenenfalls im Hinblick auf die Bekämpfung Organisierter Kriminalität weiter vertiefen.

2. Vorratsdatenspeicherung statt Quick-Freeze

Für eine effektive Verbrechensbekämpfung gerade im Bereich der Clankriminalität brauchen wir die Speicherung von Verbindungsdaten. So sind Providerdaten für eine effektive und effiziente Strafverfolgung von im Internet begangenen Straftaten im Bereich der Schwerstkriminalität, z.B. des gewerbsmäßigen Waffenhandels im Darknet und der Kinderpornografie, unerlässlich. Dennoch setzt die Ampel-Regierung im Bund mit dem so genannten Quick-Freeze-Verfahren auf eine Scheinlösung, die die Arbeit der Ermittlungsbehörden erheblich behindert. Durch die fehlende Speicherpflicht von IP-Adressen bei diesem Verfahren stehen relevante Daten für die Aufklärung der Straftaten nicht zur Verfügung. Wo nichts ist, kann nichts eingefroren werden. Als CDU Berlin fordern wir: Die Bundesregierung darf sich einer effektiven Strafverfolgung nicht versperren. Sie muss den Spielraum, den die europäische Rechtsprechung bietet, maximal ausnutzen und damit eine echte Speicherpflicht für IP-Adressen einführen.

3. Keine Schwächung des V-Mann Einsatzes

Der Staat muss der Organisierten Kriminalität einen Schritt voraus sein: technisch, personell, aber auch rechtlich. Dazu müssen wir unsere Ermittlungsbehörden in die Lage versetzen, wirksame Instrumente einzusetzen, aber auch verhindern, dass bestehende wirksame Maßnahmen aufgebrochen werden.

Die Ampel-Regierung im Bund plant derzeit ein „Gesetz zur Regelung des Einsatzes von Verdeckten Ermittlern und Vertrauenspersonen sowie zur Tatprovokation“. Das vorgebliche Ziel, einen angemessenen Ausgleich zwischen effektiver Strafverfolgung und rechtsstaatlich gebotener Transparenz und Kontrolle zu schaffen, wird damit nicht erreicht. Der Gesetzentwurf geht in nahezu allen Punkten an der Praxis vorbei. Der Einsatz von Vertrauenspersonen ist für die öffentliche Sicherheit und Ordnung von herausragender Bedeutung. Als CDU Berlin lehnen wir diesen Gesetzentwurf entschieden ab. Um weiterhin Hinweise aus schwer zugänglichen organisierten kriminellen Strukturen zu erhalten, werden wir uns dafür einsetzen, das Gesetz mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu verhindern.

4. Vollständige Beweislastumkehr ermöglichen

Unter der unionsgeführten Bundesregierung wurden in den vergangenen Legislaturperiode Möglichkeiten zur Vermögensabschöpfung aus Straftaten geschaffen, mit denen unter bestimmten Voraussetzungen Vermögenswerte unklarer Herkunft wie z. B. Immobilien, Luxusautos oder Geldbestände leichter eingezogen werden können. Diese Maßnahmen wirken, gehen aber nicht weit genug. Hier müssen wir ansetzen und weitere gesetzgeberische Schritte unternehmen. Als CDU Berlin fordern wir deshalb, verfassungskonform in Verdachtsfällen die vollständige Beweislastumkehr bei Vermögen unklarer Herkunft zu ermöglichen. Der legale Erwerb der Vermögenswerte muss dann nachgewiesen werden. Daneben fordern wir weitere Verbesserungen bei der Bekämpfung der Geldwäsche.

5. Internationale Zusammenarbeit verbessern: Eurojust stärken

Clankriminalität macht an den Grenzen nicht halt. Die Nachfrage nach operativer Unterstützung bei der Bekämpfung der grenzüberschreitenden Schwerkriminalität nimmt ständig zu. Schon heute koordiniert die EU-Agentur Eurojust grenzüberschreitende Strafverfahren auf europäischer Ebene und bewirkt so, dass jedes Jahr tausende Tatverdächtige festgenommen oder ausgeliefert und Vermögenswerte aus Straftaten in Milliardenhöhe beschlagnahmt oder sichergestellt werden. Eine Erweiterung der operativen Möglichkeiten von Eurojust und eine niederschwellige Möglichkeit der Zusammenarbeit mit den nationalen Behörden kann das vorhandene Potential der Behörde wesentlich fruchtbarer machen.

6. Aufklärung der Verbindungen der Organisierten Kriminalität in die islamistische Szene verbessern

In Berlin bestehen nach Einschätzung der Senatsinnenverwaltung und des Berliner Verfassungsschutzes Verflechtungen zwischen dem islamistisch-extremistischen Spektrum und Personen, die der Clankriminalität zuzurechnen sind. Diese Entwicklung ist besorgniserregend. Die Verbindung dieser demokratie- und rechtsstaatsfeindlichen Gruppierungen erhöht die Gefahr für die Demokratie und die öffentliche Sicherheit. Die Sicherheitsbehörden müssen hier einen Schwerpunkt setzen. Wir dürfen der Bündelung dieser gefährlichen Kräfte nicht tatenlos zusehen.

Deswegen wollen wir als CDU Berlin, dass das Land Berlin dem Beispiel von Bayern und Hessen folgt und die Beobachtung und Bekämpfung der Orga-

nisierter Kriminalität zusätzlich in die Aufgabenfelder des Berliner Verfassungsschutzes einbezieht. So können insbesondere die Verknüpfungen von Organisierter Kriminalität und extremistischen Strukturen wirksamer erhellt werden, da die Grenzen hier fließend sind.

7. Aussteigerprogramme stärken

Wir setzen uns dafür ein, Kindern und Jugendlichen aus polizeibekannten Clans mit gezielten und langfristig angelegten Aussteigerprogramme Alternativen zu ihrem bisherigen Leben aufzuzeigen, damit sie sich selbständig eine Existenz ohne Kriminalität aufbauen können. Ein besonderes Augenmerk muss dabei auch auf den Frauen liegen, die oft selbst Opfer häuslicher Gewalt sind und eine Schlüsselrolle für den Fortbestand des Familienclans spielen. Ein mögliches Vorbild für Berlin könnte dabei das bundesweit einmalige Aussteigerprogramm in Nordrhein-Westfalen sein.

8. Absenkung der Strafmündigkeit auf 12 Jahre

Um bereits frühzeitig erzieherisch auf kriminelle Kinder einwirken zu können, wollen wir das Alter für Strafmündigkeit mittels einer Bundesratsinitiative auf 12 Jahre herabsetzen.

Ziel ist es nicht, Kinder in das Gefängnis zu bringen, sondern mit den erprobten Mitteln des Jugendstrafrechts für Besserung und Disziplinierung zu sorgen. Mit Auflagen, Erziehungsmaßnahmen und Jugendarrest gibt es vielfältige Möglichkeiten, auf Kinder und Familien einzuwirken, die dem Jugendamt nicht zur Verfügung stehen.